

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt S 3090 Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postzusendungsfrei Nr. 3164

Inhalt: Ein Prediger in der Wüste. — Monatsbericht vom Krieg. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Totenliste des Verbandes. — Feuilleton: Theaterkulturverband und Gewerkschaften.

Ein Prediger in der Wüste.

Wir haben unseren Lesern wiederholt Auszüge aus Walter Rathenaus neuen Werken „Von kommenden Dingen“ und „Die neue Wirtschaft“ unterbreitet, weil die darin niedergelagerten Gedanken trefflich und beachtenswert waren. Gern ist vieles davon in üblicher Weise von uns Sozialisten wiederholt dargestellt worden. Daß aber jemand, der sonstigen an der Spitze des kapitalistischen Wirtschaftens nicht Rathenau ist u. a. Direktor der Maschinenfabrik der A. G. O., sich in solch weittragenden sozialistischen Erkenntnissen durchgerungen hat, ist das Verdienstvolle an der Sache.

Man hat nun Rathenau im „Berliner Tageblatt“ sich über die Kriegsgewinne ausgelassen. Und es verlohnt sich auch hier, die wichtige Stimme eines ersten Mahners zu hören, der nicht bloß die unheilvollen Schäden des überjahren Weltkrieges vordringend zu schildern weiß, sondern der auch den einzig vernünftigen Ausweg aus dem mangelhaften Stand andeutet: stärkere Sozialisierung und damit schärfere Erfassung der Kriegsgewinne durch die Steuergebende. Aber hören wir zunächst einmal Rathenau im Auszuge selber:

Was Frieden bei der Krieg begonnen, mit Tränen geht er der Welt zu Ende. Wer glaubt an einen ehrenvollen Abbruch, doch wer halt die verhängenen Völler der Erde? Mein Kriegspraxis, wie er auch sei, kann auch nur die Opfer eines Monats ersetzen. Den Ehren Lohn der Kräfte werden die Nationen nur in sich selber finden, wenn sie den Sinn der furchtbaren Lehre verstehen, das Heil zu finden, um Leben wollen sie g'wäh, die Wege abtreiben, die für sichtbar.

Man erweckt die Toten, heißt die Verstümmelten, verjüngt die Greisheiten, sanftigt die Klauen, erhebt die Jugendkraft der Nationen. Gelehrte Lehren beim in germanen Länder. Manche haben ihren Beruf nicht wieder, ihre Stellen belegen, manche kein Ehrgeiz. Manche in Lehre und Studium abschneiden, manche die Stunden verlor, in manchen Gewerbe und Geschäft zwischen. Allen in die Mahnung achten, allen die Geld entgegen, der Unterhalt verdienen, die Steuern aufschlagen. Der Beruf des Vermessers ist hoch verachtet, ein mühsamer Beruf, der sorglos macht, bei aber nichts mehr. Darstellungen sind proletarischen, nur das Arbeitsverkommen gilt. Der Geist des Landes ist einbürg geworden und verachtet, die Arbeiter geschmäht, der ständige Stand gestimmt. Keine Bergbau sind erstanden, alle zum Genuß und zum Wohl. Die Schen der die Heberzeugung in abtöden, das Glück schenken und das Maß trübselig. Die Menschen, denen das Glück und Entzücken zu schwer war, sind böse, gewinnbringend, nicht ab und hart geworden.

Alle soziale Tendenz zielt auf Ausgleich der Lebensbedingungen, der Krieg hat diese Bewegung gewaltig beschleunigt. Was bedeutet die tiefe innere Verschuldung der Staaten? Vermögensumschichtung. Was bedeutet die Umschichtung? Umverteilung. Abtragung der Böden. Zuerst werden die Gipfel der großen Vermögen abgetragen, dann die mittleren Gebirgsgruppen, zuletzt die Vorberge und Hügel. Erreicht die Schuld ein Mehrfaches des Volkvermögens, so muß die Gefährdung, mag sie wollen oder nicht, nach dem Gesetz der härteren Schuttern der Vermögen bis zur Einbürgung umverteilen.

Gleichzeitig vollzieht sich ein zweites: Die Abwertung des Geldwertes. Eine Gefährdung, die mit nicht den Weg des Staatsbankrotts und der Salutenverwertung ablehnt, kann dieser Erschöpfung nicht inuern; sie führt dazu, daß nur das Arbeitsverkommen lauffähig bleibt — weil es sich sein Existenzgleichgewicht erzwingt —, und daneben der Besitz der Unprodukte, sofern dieser wertschöpfend oder aus Nutzen ist, gelassen wird.

Die beiden Entwicklungstendenzen zielen auf das gleiche: auf die Verflüchtigung des Vermögensbegriffes, und arbeiten so der radikalen Sozialisierung vor. Der Weltkrieg ist auch in diesem Sinne der sozialen Weltrevolution gleichzusetzen.

Mag man sich zu diesem gesellschaftlichen Abrollen stellen wie man will; eine seiner Gefahren liegt in der Verdrängung. Letzter sind Bildung und Intelligenz, Führung und Verantwortung noch im Besitz nur weniger, und diese wenigen, der geringe Mittelstand, wird in am schwersten getroffen, weil die Grenzschicht, die sie vom Proletariat trennt, in Deutschland besonders schmal ist. Wir haben vor der Gefahr, die Intelligenz im Proletariat und Mittelmas untertauchen zu sehen.

Diesen Tendenzen und Gefahren gegenüber — Verflüchtigung der Vermögen, Proletarisierung der Intelligenz — kann eine in ihrer Richtung unantastliche Bewegung, die neue und gefährlichere Ungleichheiten schafft, nicht ernst genug genommen werden. Die alte Plutokratie, der alte Reichtum waren nicht Ideale, doch eingetragenen herrschenden, zum Teil ernst verantwortliche Mächte. Auch ihnen die neue insolente, verantwortungslose Mäße der Verdrängten sich an mit hemmungslosen Schritten der Greifhände und Schaulstellung, so kommt über uns die Nachverdrängung nach Art des bürgerlichen Fronttreibens zugleich mit der unbarrierehaften Selbstverpöterung und Selbstverdrängung eines Gesellschaftslebens, in dem der Zugriff des Ruffers Geist und Heberzeugung maffiert und alles ermdacht. Deutschland ist kein revolutionäres Land, Erdbeben sind auch aus schwerer Belastung nicht zu befürchten; zu befürchten ist aber das, was wir beim Aufbau neuen Lebens aufs entscheidende vermeiden müssen: plutokratische Reaktion, Verdrängung, Massenhaß und innere Vergiftung.

Abhilfe gibt es selbstverständlich nur durch Energieaufbau. Wir haben eine Kriegsgewinnener, sogar mehrere, sie sind ertragreich, aber sozial wirkungslos. Denn sie erfüllen nicht die Kriegsgewinnener sondern, vielmehr nur insofern, als er zu denen gehört, die in den letzten vier Jahren etwas verdient oder erlitten haben. Alle doch sind g'erbarmen mit dem Kriegsgewinnener auf dem Stufe gestellt, und die man ihnen nicht allzumal nehmen wollte, so ist er am besten wegkommen.

Wer in den letzten vier Jahren sein Vermögen bewahrt hat, mag Glück gehabt haben; im sozialen Sinne ist er kein Kriegsgewinnener. Wer es um den Betrag eines mäßigen Fremdenabzuges oder Wechselverdrängens verstanden hat, mag unter Umständen ein Kriegsgewinnener sein, der viel ausgeht und dem wenig bleibt; im

sozialen Sinn, ist er geschäftlich, er ist, was er war, und für ihn genügen die vorhandenen Steuern.

Anderer, wenn jemand sein Vermögen im Kriege verdoppelt hat, veranschlagt, daß es sich um bedeutendere Beträge, sagen wir über 100.000 M., handelt. Er kann leicht eine Zufallssteuer entrichten, wenn sie ihm noch einen Teil seines Gewinnes übrig läßt.

Man kommt aber diejenigen, die ihr Vermögen im Kriege verdreifacht, verzehnfacht, verhundertfacht, vertausendfacht haben, — immer vorausgesetzt, daß es sich um absolute Beträge entsprechender Größe handelt. Ich sage mit Bewußtsein vertausendfacht und bleibe damit hinter Hällen der Wirklichkeit zurück; denn die Zahl der Vermögen zwischen zehn und hundert Millionen ist nicht gering, die gleichsam aus dem Nichts geschaffen wurden. Wer mit nichts angefangen und dreißig Millionen gewonnen hat, dem bleiben nach heutiger Obsoleszenz neben dem, was er vererbt oder vererbt, zwölf, es wäre mehr als ausreichend, wenn ihm zwei blieben.

Kriegsgewinner im sozialen Sinne ist, wer während der Kriegszeit sein Vermögen um mehr als sagen wir ein Drittel vermehrt hat, sofern dieses Drittel einen Betrag von saum wir 100.000 M. übersteigt. Will man milder sein, so können Rücksichten genommen werden, sofern jemand nachweist, daß seine Einkommensquellen die gleichen waren wie vor dem Kriege, daß sie sich nicht oder nicht im Zusammenhang mit Kriegsgeschäften gesteigert haben.

Die Gesetzgebung ist einfach. Der Kriegsgewinner zahlt zunächst die allmählichen Kriegsteuern. Sodann eine Sondersteuer, die in zweifacher Progression gebildet ist: einmal nach dem prozentualen Verhältnis der Vermögenszunahme, sodann nach ihrem absoluten Betrage. Die Steuer könnte bestimmt bei einer Vermögenszunahme von 30 Proz., ansteigend bis zu 1000 Proz., und bei einem Betrage von 100.000 M., ansteigend bis zu zehn Millionen. Im Höchstfalle müßte die Sondersteuer zusätzlich der allgemeinen Steuer eine Abgabe von 50 Proz. ausmachen. Wenn also jemand bei einem Anfangsvermögen von 100.000 M. 20 Millionen erworben hat, so würden ihm 2 Millionen bleiben.

Die Gefahr der Verschlebung und Dummerhebung ist leicht zu beheben.

Der Fall ist nicht, daß ein einzelnes Gelegenheitsgeschäft Grundrühriges entscheidet. Hier ist er gegeben. Die Frage, ob der Kriegsgewinn getroffen werden soll, bedeutet nicht ein paar Milliarden mehr oder weniger für das Reich, nicht eine bloße Entlastung der schwächeren Schichten, sie ist eine Frage des sozialen Aufbaues und des inneren Friedens.

Vortrefflich! werden mit uns unsere Kollegen sagen. Zunächst müßten wir etwas Köhler in den Wein dieser an sich beräucherten Vegetation träufeln.

Wo in aller Welt ist das Bürgertum oder gar die bürgerliche Regierung zu finden, die sich diese Grundzüge Rathenans zu eigen machen würde, ohne dazu gezwungen zu sein?

Haben wir nicht vor wenigen Tagen im Reichstag erleben müssen, mit welcher Zähigkeit man der härteren Besteuerung der Kriegsgewinner widerstrebt?

Unsere Regierung mag manches aus dem Weltkriege gelernt haben, aber der soziale Einblick ist einseitig doch noch so dünn, daß man allentfalls von einer Zornschicht sprechen könnte, während das eigentliche soziale Verständnis einfach noch alles zu wünschen übrig läßt. Müßten wir an das Arbeitskammergesetz erinnern, das doch wahrlich eine recht beachtenswerte Forderung der Gesamtarbeiterschaft fast aller politischen Richtungen seit Jahren ist. Wer denkt dabei wohl nicht an die widerliche Wahlrechtskomödie, welche von den bürgerlichen Mandatsträgern im Abgeordnetenhaus aufgeführt wurde, ohne daß bislang die Regierung mit der Aufhebung einwärt?

Man kann man vielleicht mit Rathenau der Meinung sein, daß die Regierung in der Steuerfrage an einer moralisch starken Heranziehung der Kriegsgewinner interessiert ist, wie an keiner anderen sozialen Frage.

Das wäre ganz richtig, wenn die Regierung, wie einzelne ihrer Mitarbeiter vielleicht glauben mögen, über den Parteien schwäche. Das ist aber ganz und gar nicht der Fall. Sie kann sich des stärkeren Einflusses der besitzenden Klassen nicht entziehen. Sie treibt im Kriege Produzenten- und Kapitalistenpolitik und läßt die Konsumenten und Konsumenten schwer darunter leiden. Es genug haben wir hier nachgewiesen, daß z. B. die

Regelung der Ernährungsfrage einzig unter diesem Gesichtspunkt verständlich ist. Ähnlich liegt es auf den meisten übrigen Gebieten. Erst dieser Tage wurde vom württembergischen Finanzminister nachgewiesen, daß Krupp und andere mehrere Milliarden zu wenig Steuer zahlten!

Sollen wir nun aber auf die „bessere Einsicht“ der kapitalistischen Kreise selbst oder des Bürgertums hoffen? Ach nein!

Der „Vorwärts“ brachte erst am 27. Juli das für jeden Gewerkschaftler recht beachtenswerte Zirkular des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Darin heißt es:

Die Hochstimmung des ersten Augusttages des Jahres 1914 ist bei der langen Dauer des Krieges verfliegen, Verbitterung herrscht in weiten Schichten des deutschen Volkes. Der Gedanke, die sozialdemokratische Arbeiterschaft, die doch mit uns um Leben und Sein kämpft wie alle übrigen Volksglieder, durch fortwährende Jugentändel bei guter Laune zu erhalten und sie für die Erfüllung ihrer einfachen Pflicht zu belohnen, trägt unheilvolle Früchte.

Das deutsche Wirtschaftsleben, das durch verfehlte staatssozialistische Maßnahmen schon genug geschädigt ist, geht nach dem Frieden schweren Erschütterungen entgegen. Bestimmte Lohnkämpfe nach dem Kriege sind zu erwarten. Die Verwirklichung ist nicht von der Hand zu weisen, daß der nächste Reichstag die Durchföhrung des bewährten bismarckschen Grundgesetzes des Schutzes der nationalen Arbeit in Stadt und Land nicht mehr gewahren wird. Dann würden Arbeitslosigkeit und Hungertotenlaue, wenn die bürgerlichen Parteien, die auf dem Boden ebenen Grundlages stehen, sich nicht erfolgreich zusammenschließen, um der roten Saat einen Damm entgegenzusetzen.

Es gilt es, beizugehen zu rüsten, um die drohenden politischen und wirtschaftlichen Kämpfe heben zu können.

Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie muß abermals, wie vor den Wahlen des Jahres 1907, eine umfassende und großzügige Aufklärungsarbeit in die Hand nehmen. Dazu bedarf es erheblicher Mittel und ist am Werke, um diese Arbeit leisten zu können, einen Wahlkampf zu sammeln. Wollen wir nicht rufreichen Zuständen entgegensehen, wird Opferwilligkeit zur rechten Zeit unerlässlich sein, um den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft zu verhüten.

Wer die Zeichen der Zeit erkennt und dafür ist, daß mit der Fackel der Wahrheit in die weitesten Volksteile hin, in jeder Winkel, um schwere Schädigungen des Volksgutes zu verhüten, setzt sich dem späteren Vorwurf nicht aus: Er hätte rechtzeitig das Seine dazu beitragen können, die drohende Gefahr abzuwehren.

Wir rufen daher an Gew. Hochwohlhabenden die dringende Bitte, zu unserem Wahlkampf nach Kräften beizutreten, um darauf hinzuwirken, daß nicht die öde Gleichmacherei proletarischer Maßennetze auf den Trümmern der bürgerlichen Gesellschaft und unierer Wirtschaftsordnung die Welt regiert.

Dieses sehrreiche Schreiben war von den reichsten und „ansehenreichen“ Leuten unterdrrieben! Und es bedarf kaum noch für unsere Kollegen der näheren Beweisführung, daß es nicht sowohl die politische Organisation der Arbeiter begehrt, sondern auch ganz besonders die gewerkschaftliche Betätigung der Arbeiter treffen will!

Also nach vier jühdertlichen Weltkriegsjahren stehen jene Elemente genau da, wo sie vorher standen, und es gelingt Walter Rathenau ebensowenig, wie es der sozialistischen Aufklärung gelungen wird, diese Kapitalisteninteressen für soziale Gerechtigkeit zu gewinnen.

Man sammelt Geld zum Kampf wider die schwer bedrückten Arbeiter. Daß von dieser — leider noch immer allzu einflußreichen! — Seite ganz irrtümlich die Tatsachen entstellt werden, damit die Arbeiterhebe Erfolg hat, beweist ein vom „Vorwärts“ am 31. Juli 1918 veröffentlichtes Zirkular der „Matrerrinnen“. Darin heißt es u. a.:

Die Sozialdemokratie, dem deutschen Volke fremd wie ihr Name der deutschen Sprache, ruht zur Umdeutungssucht.

Wollten nicht das Meer der Kriegsteilnehmer, freiwillig sind sie freiwillig, überreich mit Munition versehen. Seit etwa Jahresfrist zahlen die sozialdemokratischen Arbeiter an ihre Klassen jede Woche 250 M. Das macht, wenn man die in der Somat zum Vergleichenden sozialdemokratischen Arbeiter nur auf eine halbe Millionen einschätzt, im Jahre insgesamt 65 Millionen Mark! Unterzählung wird ihnen durch die 600 Millionen Dollar = 2400 M.

lonen Markt, die in Nordamerika gesammelt wurden, um durch Erregung von Parteihader und Zwietracht die innere Kraft des deutschen Volkes zu lähmen.

Scheidemann hat im „Vorwärts“ den Gehkampf verkündet und dem Wort die Tat auf dem Fuße folgen lassen, indem er die Ablehnung der Wahlrechtsvorlage mit der Verringerung der Prorogation zu einem alten Weizsäcker zusammenführte. Czibergers Braut nach demselben Rezept seine Artikel in der „Germania“.

Die Regierung Bethmann Hollweg hat der Sozialdemokratie durch die Osterbotschaft die denkbar günstigste Lage geschaffen. Die Rechte der Krone wurden verschleudert. Die Regierung selbst leitete die Demokratisierung Preußens ein, der Ereignisse der anderen deutschen Bundesstaaten unmittelbar auf dem Fuße folgen wird.

Wismar nannte die Demokratie die Vorfrucht der Sozialdemokratie. Er hatte recht. Die Demokratisierung Deutschlands wird die Vorfrucht der Sozialdemokratisierung sein. Das alte Preußen, das alte Deutschland, auf monarchischem Boden erwachsen, und seinem ganzen Wesen nach monarchisch durch und durch, wird zugrunde gehen. An seiner Stelle wird ein republikanisches Staatswesen entstehen, das haltlos schwankend, ohne festen Boden unter den Füßen, zum Spielball der feindlichen Mächte herabfallen wird, wie der Deutsche zum Lohnsklaven fremder Industrie und fremden Handels!

So wird und muß es kommen, wenn nicht das deutsche Volk mannhaft und kraftvoll dem drohenden Unheil sich entgegenstemmt!

Von den Vereinigungen, welche außerhalb des Rahmens der vaterländischen Parteien zum unbedingten Kampf gegen die inneren Feinde begründet wurden, führen die meisten, sich als Selbstwehr betrachtend, ein feierliches Schlammredens. Nur wenige kämpfen tatkräftig gegen das verderbbringende Treiben, unter ihnen an erster Stelle unser Bund der Arbeitervereine.

Wir haben durch die Mahnversammlung unserer Denkschrift in sämtlichen Schichten des Volkes Licht auf die geheimen Treibfedern der Volkerverführung geworfen.

Eigentlich widerstrebt es uns, unseren Kollegen solches Zeug, wie es in diesen Blättern steht, zu unterbreiten. Aber es mag doch einmal recht heilsam sein, aufzuzeigen, wie die Dinge liegen und die Kräfte in den kommenden Wirtschaftskämpfen verteilt sind.

Gewiß hätten wir gewünscht, daß der Weltkrieg etwas mehr Beunruhigung auch unter den unentwegten Kapitalverteidigern bringen möge. Eine solche beunruhigende Stimme ist die Walter Rathenau's. Aber sie ist und bleibt eine Stimme in der kapitalistischen Wüste!

Die Arbeiterschaft darf leider nicht hoffen, nach dem Siege werde sich ihr Los irgendwie automatisch besser gestalten. Sie darf nicht einmal damit rechnen, daß die Schwierigkeiten der Rohstoffversorgung und vieler anderer Dinge aus den Lurus größerer Arbeitskämpfe schon vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus eigentlich nicht gestatten.

Sie muß -- und das haben wir an dieser Stelle seit Beginn des Krieges betont -- gerüstet sein und sich weiter rüsten, um dem grenzenlosen Profite begierenden Kapitalismus gegenüber auftreten zu können.

Unsere Rüstung aber sind die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter!

Monatsbericht vom Krieg

Berlin, den 1. August 1914.

Vier Jahre Weltkrieg! Und noch immer ist kein Ende abzusehen. Zwar sind die Erfolge Deutschlands im 4. Kriegsjahr unverkennbar, aber bis zur Entscheidung ist doch noch ein weiter Weg und der näherliegende Weg zum Verständigungsfrieden hat gegenwärtig wenig Aussicht. So können wir nur hoffen auf das endliche Wiedererwachen der Besinnung in den kriegführenden Ländern. Gewiß ist das militärische Resultat imponant. Laut amtlicher Mitteilung kommen die Leistungen des deutschen Heeres während des vierten Kriegsjahres in folgenden Zahlen zum Ausdruck: Den Feinden wurden entziffen und von deutschen Truppen besetzt: im Osten 198.250 Quadratkilometer, in Italien 14.423 Quadratkilometer, an der Westfront 3323 Quadratkilometer (geräumtes Gebiet an der Marne ist abgerechnet), im ganzen 218.002 Quadratkilometer. Ferner hatten unsere Truppen vom Feinde 1 km. von rühmlichen Taten fäubern: in Finnland 373.602 Quadratkilometer, in der Ukraine 452.033 Quadratkilometer, in der Arim 25.727 Quadratkilometer. An Beute wurde eingebracht: 7000 Geschütze, 24.600 Maschinengewehre, 751.972 Gewehre, 2.867.500 Schuß- Artilleriemunition, 102.250.000 Schuß Infanteriemunition, 2000 Flugzeuge, 200 Fesselballone, 1705 Feldküchen, 300 Tanks, 3000 Lokomotiven, 28.000 Eisenbahnwagen, 65.000 Fahrzeuge. Die Zahl der im vierten Kriegsjahr gemacht Gefangenen beläuft sich auf 335.000, samt hat die Gesamtgefangenenzahl die Höhe von nahezu 3 1/2 Millionen erreicht.

Andererseits ist seit dem Ausbrechen der Ostfront Amerika mit gewaltigen Truppenmassen in die Reihe gesprungen. Unsere Offensiv vom 15. Juli vermochte wohl 3 Tage lang vorzudringen bis zum Südufer der Marne. Aber 20.000 Gefangene und reiche Beute wurden gemacht. Dann aber setzte der Plankostenstoß hoch als Gegenoffensive am 22. Juli ein. Er vermochte sich zwar nicht völlig auszuwirken, doch nahm die deutsche Heeres-

Theaterkulturverband und Gewerkschaften.

II. Die Stellung der Gewerkschaften zum Theaterkulturverbände.

Es dürfte unter Gewerkschaftern ja wohl keinen Streit darüber geben, daß die Gewerkschaften neben ihrer Hauptaufgabe, dem Kampfe um die wirtschaftliche Hebung und Förderung der Arbeiter, auch allgemein kulturelle Aufgaben zu erfüllen haben und solche erfüllen wollen. In den Statuten wohl aller Gewerkschaften ist das so ausgedrückt, daß neben der wirtschaftlichen Lage auch die geistigen Interessen der Mitglieder gefördert werden sollen. Schon ein oberflächlicher Blick in die deutsche Gewerkschaftspresse zeigt uns ja auch, wie ernst es die Gewerkschaften mit dieser ihrer Aufgabe nehmen und wie erfreulich weit entfernt sie davon sind, einer lediglich auf materielle gerichteten Kultur zu dienen. Sie haben sich in stetig steigendem Maße auch die Pflege und Förderung geistiger Kulturgüter zu eigen gemacht, soweit sie das mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln vermögen.

Es liegt andererseits aber auch in der Natur ihrer Gesamtaufgaben, daß diese Förderung geistiger Interessen bisher hinter der Verfolgung wirtschaftlicher und anderer mehr materieller Dinge verhältnismäßig zurückgeblieben mußte.

Eines der wertvollsten Bildungsmittel, ein Mittel zur Verbreitung und Vertiefung geistiger Kultur, ist nun zweifellos das Theater -- oder könnte es doch sein. In wie starkem Maße das Theater -- das Wort im weitesten Sinne gefaßt -- auf die Gemüter und das Denken der breiten Massen einzuwirken vermag, das haben -- in gutem und in bösem Sinne -- schon die Staatensucher und herrschenden Gewalten im klassischen Altertum erkannt: im guten Sinne die altgriechischen Stadt- und Staatenrepubliken, im bösen Sinne die römischen Machthaber, die als wirkungsloses Mittel zur Verübung der von ihrer Scholle vertriebenen hungernden Proleten „panem et

circense“, d. h. Brot und Spiele, verabreichen ließen. Ja es hat Epochen gegeben, wo das Theater ein revolutionärer Faktor gewesen ist. So wissen wir aus der Geschichte der großen französischen Revolution, wie tief dieselbe geistig durch die Komödien eines Voltaire beeinflusst worden ist.

Sehen wir aber von jeder besonderen Tendenz ab. Betrachten wir das Theater lediglich als Anstalt zur Vermittlung und Förderung allgemein-geistiger Kultur, so löst sich gar nicht in Abrede stellen, daß es im Dienste der geistig-kulturellen Hebung des Volkes ein Faktor von außerordentlich starker Bedeutung ist und es in noch weit höherem Maße zu werden vermag. Das haben die großen Heroen deutscher Geisteskultur in ihren Schriften über die Bedeutung des Theaters immer wieder dargelegt. Es sei hier nur ein Name genannt: Schiller! Wer es daher unternimmt, der breiten Masse des Volkes das Theater näher zu bringen und demselben ermöglicht, gute Kunst zu erschwinglichen Preisen zu genießen, der bereitet den Boden für eine allgemeine Hebung der geistigen Kultur, der verrichtet Kulturarbeit im besten Sinne des Wortes, der leistet vor allem der Arbeiterklasse einen großen Dienst.

Soweit nun die organisierte Arbeiterschaft heute schon ein größeres Bedürfnis nach künstlerischer Erbauung hat, ist sie in der Hauptsache auf die geschäftlichen Darbietungen dieser Art angewiesen. Es kann zugabeg werden, daß in dieser Hinsicht in Berlin -- und noch in einigen Großstädten mancherlei Gutes und Schönes geboten wird. Aber es ist selbst in Berlin für die meisten Arbeiter mit großen Umständen verbunden, die zugleich auch ein Mehr an Kosten bedeuten. Die große Mehrzahl der Arbeiter wohnt an der Peripherie und in den Vororten; für sie bedeutet der Besuch eines guten Theaters oder Konzerts daher immer eine Reise, und unterzieht sich halb oftmals, selbst wenn es nicht an Interesse und den nötigen Mitteln fehlt. Hinzu kommt, daß bei dem gegenwärtigen Andrang zu den Theatern die Erlangung einer Eintrittskarte höchst unsicher

Leitung am 27. Aufst die Truppen bis Jere-en Tardenois (also 15-20 Kilometer) zurück, nachdem schon einige Tage zuvor der Prädentopf südlich der Marne aufgegeben war. Damit ist zwar die enge Umschnürung von Reims aufgehoben, andererseits ist die gefährdete sadartige Stellung bei Soissons geblieben. Es verbleiben seit Beginn unserer Weistoffensive auch an dieser Stelle noch immer 50 Kilometer Fortschritt. Schon melden die französischen Blätter stärkere Widerstandskraft der deutschen Linien. Es ist noch nicht abzusehen, wo die neue Offensive Hindenburgs einsetzen wird, aber kommen wird sie. Beachtenswert bleibt bei alledem, daß auch die amtlich-deutschen Berichte die Amerikaner als hochwertige Kampftruppen einschätzen und daß die Zahl der amerikanischen Truppen andauernd im Wachsen ist.

Die Österreicher hatten im Juni ihre Offensive infolge Verrats aufgeben müssen. Sie zogen sich am 6. Juli auch vom Piave delta zurück, doch ist sowohl die Gebirgs- wie die Piavefront stabil geblieben. Ebenso gelang ihnen nach anfänglichem Zurückweichen in Albanien die Wiedergewinnung der alten Linie. Die übrigen Kriegsschauplätze in Kazedonien, am Kaukasus (Persien) und Mesopotamien weisen keine größeren Kämpfe auf. Die Durchdringung Persiens mit englischen Truppen scheint aber immer mehr zur Tatsache zu werden. — Im U-Boot-Krieg wurden im Juni über 520.000 Tonnen versenkt. Der Luftkrieg weist noch immer große Ueberlegenheit deutscher Flieger auf. Leider wächst die Mächdlosigkeit, mit der offene Städte und Lazarette von feindlichen Fliegern bombardiert werden. Damit wachsen denn auch die Bergeltungsmaßnahmen.

Unterdessen wird auch der Osten andauernd unruhiger, je man munkelt sogar schon von einer sich möglicherweise bald bildenden neuen Ostfront. Dem zum größten Teil siegreichen Vordringen der tschecho-slowakischen Banden in Sibirien treten zwar jetzt die Bolschewiki mit Energie entgegen. Doch scheint die „Intervention“ Japans und Amerikas gleichfalls in Sibirien bevorstehend! Im Kurmangebiet haben die englisch-französischen Entente-Truppen ein rechtbedeutendes Bündnis mit den dortigen bolschewikfeindlichen Sowjets abgeschlossen. Endlich haben die Linksrevolutionäre ihre Terroristattat aus der Frenzzeit wider Deutschland aufgenommen. Am 6. Juli wurde der deutsche Gesandte in Moskau, Graf Rixbach, erschossen, am 21. Juli wurden General v. Eichhorn (der deutsche Gouverneur in der Ukraine) und sein Adjutant v. Treßler durch Bombenwurf in Miew so schwer verletzt, daß sie ihren Verwundungen erliegen sind. Zwar ist die beachtlichste Wirkung: — Wiedererklärung des Kriegszustandes im Osten! — nicht erfolgt. Sowohl die Sowjetrepublik als auch der Ukraineherman Morozowski haben die Betrüern ausgesprochen und alles getan, was zur Zuhre der Tat geschehen konnte. Jnmerhin zeigt das gesamte „Ardenne“-Gebilde im Osten einen Zustand wachsender Unruhe.

Die politischen Vorgänge im Juli wurden wesentlich von diesen außenpolitischen Ereignissen bestimmt. Vergänglich forderte Scheidemann im Reichstag eine „Offensive der Wahrheit“. Noch immer weiß man nicht, was aus der preußischen Wahlrechtsvorlage wird. In Oesterreich ist die andauernde innere Krise durch den Sturz Seidlers und Neubildung des Ministeriums Duffarek verschoben, aber nicht aufgehoben. Zwar wurden mit genauer Not die Kredite bewilligt, aber niemand weiß recht, was weiter werden wird im Herbst; namentlich wenn die Neuorganisation in der Verkehrs- und Ernährungsfrage nicht gelingt. Ein neuer „Brief“ Kaiser Karls, der aber gar kein Brief, sondern ein „persönlicher Auftrag“ gewesen sein soll, macht viel von sich reden. Es ist bei der Vermittlung zum rumänischen Friedensschluß jedenfalls das Wort gefallen, daß „die Könige zusammenziehen müßten“, natürlich gegen die roten Bolschewiki. Auch sonst merken sich die Anzeichen, daß die Feinde der Arbeiterklasse gewillt sind, im Schatten des Pazifizierens ihre Suppe zu kochen. Hoffentlich wird sie ihnen doch noch versalzen. Dazu können die Arbeiter am besten beitragen, wenn sie ihre Gewerkschaften ausbauen und sich den politischen Organisationen anschließen.

• Aus unserer Bewegung •

Berlin. In der Generalversammlung der Filiale Groß Berlin am 25. Juli erstattete Stolleger Münter den Tätigkeitsbericht vom zweiten Quartal, der sich in der Hauptsache auf die eingeleiteten und abgeschlossenen Bewegungen um Erhöhung der Arbeitslohnzulagen bezog. Die Arbeiter der städtischen Gaswerke haben im Juli eines Vertreters der Erbsverwaltung mit der Gasdirektion Verhandlungen geführt und eine weitere Erhebung der Arbeitslohnzulagen von 10 Pf. pro Stunde ab 1. Juli und weitere 5 Pf. ab 1. Oktober d. J. unter der Voraussetzung der Zustimmung des Magistrats zugesagt erhalten. Den Arbeitern der Wasserwerke ist gleichfalls eine weitere Zulage von 1 Mk. pro Tag ab 1. Juli und 0,50 Mk. ab 1. Oktober von ihrer Betriebsleitung zugesagt worden. Das Werkstattpersonal der städtischen Straßenbahn, das sich mit der Bewilligung Zulage von 8 Pf. pro Stunde für Handwerker und 2 Pf. für Arbeiter ab 1. April d. J. nicht zufrieden geben konnte, hat erneut entsprechende Forderungen an die Betriebsleitung gestellt. Die Arbeiter der städtischen Markthallen haben nach wiederholten Verhandlungen mit ihrer Betriebsleitung die Zusage erhalten, daß sie im Jahre bzw. den Zulagen mit den Arbeitern des Schlachthofes gleichberechtigt werden sollen. Die Arbeiter der Berliner Straßenreinigung haben bei ihrer Forderung Lohnanträge eingereicht. Die Arbeiter der Berliner Kraftwerke und der Friedhöfe, bereiten ebenfalls eine Bewegung um Erhöhung ihrer Zulagen vor. Zum nächsten Abschnitt ist auch die Bewegung der Arbeiter auf den städtischen Arbeitsämtern gelangt. Die bewilligten Zulagen sind vom 1. April d. J. nachgelassen worden. Die Bewegung des Haus- und Kleingewerbes in der nächsten Generation und Filialorganisation ist recht umfangreich geworden und

ist. Aber auch wenn wir davon absehen, so steht doch fest, daß das Gute, das heute geboten wird, nur einem ganz kleinen Bruchteil der Arbeiterklasse zufließen kommt. Ein anderer und erheblich größerer Teil gibt sein Geld wahllos für künstlerisch minderwertiges hin, erhält also verfallene oder gar vergiftete geistige Nahrung zu den sonstigen zweifelhaften physischen Genußmitteln der gegenwärtigen und wahrscheinlich auch noch kommenden Zeit. Die Folge ist: geistige Verblödung statt Bildung. Und endlich: der größte Teil lebt leider noch in geistig-kultureller Beziehung stumpf und dumm dahin.

Es gilt nun, für weniger Geld mehr und besseres zu bieten, als bisher geboten wurde. Das allein ist schon eine Aufgabe, die weder von den einzelnen Organisationen der Arbeiter, noch von ihnen zusammen gelöst werden kann, eben weil es ihre Mittel nicht zulassen und — in seiner Totalität! — auch aus dem Rahmen ihrer Aufgaben herausfällt.

Aber das ist erst die eine Seite des Problems. Die andere, ebenso wichtige, ist die direkte Einwirkung auf die Theater und sonstigen Kunststätten in dem Sinne, daß dieselben den Kunstkonsumenten, um einmal diesen Ausdruck zu gebrauchen, das Beste vom Besten bieten, und vor allem, daß sie das geben, was ihre Abnehmer wünschen. Eine große Gewerkschaft wird ja wohl in der Lage sein für ihre Mitgliedschaft mit einem Theater oder Konzertabend vollständig zu padien und ein Programm zu bekommen, das ihr jnützt. Aber damit ist für das Ganze gar nichts erreicht. Denn wird an dem Wesen der heutigen Kunstproduktion nichts geändert. Die große Masse der Betrachter wird dabei noch wie vor mit dem furchtbar nehmen müssen, was die jeweilige Direktion ihnen zu bieten für gut befindet — und das hängt immer vom Aktienapparat ab. Wie aber das künstlerische Gut an-sieht, das unter diesem Gesichtspunkt zur Verteilung gelangt, darüber ist schon manches treffliche Wort gesagt worden. Die Schump der künstlerischen Anwesen der Theater und Kunststätten ist also nur möglich unter gleichzeitiger Betampfung des

reinen Geschäfts- oder kapitalistischen Charakters dieser Unternehmungen! Man wird aber zugeben müssen, daß das eine Aufgabe ist, die mit allen Mitteln der Gewerkschaften direkt nicht bewältigt werden kann, obwohl es sich dabei um kulturelle und zugleich auch um soziale Aufgaben handelt, die den sonstigen Aufgaben und dem Wesen der Gewerkschaften nahe verwandt sind. Wer aber das eine — die geistig-kulturelle Hebung des Volkes durch das Bildungs- und Erziehungsmittel der darstellenden Kunst — will, der muß auch das andere wollen: die soziale und kulturelle Hebung des Bildungsmittels des Theaters! Diese Aufgabe abtenden, hieße auf ein wertvolles Mittel zur geistigen Hebung der Mitarbeiterschaft verzichten. Darum, weil wir das nicht dürfen, muß eine andere Organisation — nach dem Prinzip der Arbeitsteilung — diese Arbeit verrichten.

Die Aufgabe nun, den Massen des Volkes das Theater und gute, echte Kunst überhaupt, näher zu bringen und umgekehrt das Theater der Masse; andererseits aber auch auf die künstlerischen Unternehmungen einen nachhaltigen Einfluß im Sinne einer wüthchen künstlerischen, kulturellen und sozialen Hebung auszuüben — diese Aufgabe hat sich der Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur gestellt.

Wer den Kampf gegen das Geschäftstheater aufnehmen will, muß in der Lage sein, den Kunstunternehmern in anderer Weise das zu entgelten, was ihnen bei einem Verzicht auf ferneres Entgegenkommen an den finanziellen „Geldmangel“ naturgemäß verloren geht. Der Verband wirkt deshalb auf Gemeinden und Staat ein, daß diese den Inhabern der Kunststätten einen angemessenen Zuschuß gewähren oder die Theater in eigene Hände übernehmen. Und es hat in dieser Beziehung trotz seiner noch kurzen Tätigkeit schon manche Erfolge zu verzeichnen. Es lauten diese Bestrebungen auf eine allgemeine Vertiefung der Verhältnisse der Kunststätten hin aus, um organisierten Arbeiter und ihrer Gewerkschaften und weiter nichtes Schauspielers an sich haben. Wohl aber hat das bei einer Anzahl

hat auch zum Teil recht nennenswerte Erhöhungen der Zulagen mit sich gebracht. Auch die Kollegen der Berliner Elektrizitätswerke sind in eine allgemeine Lohnbewegung getreten, nachdem eine besondere Bewegung der Handwerker bisher einen weniger günstigen Verlauf genommen hat. Die öffentlich bekanntgegebene Mitteilung des Verbandes der Maschinisten und Feiler, wonach den Arbeitern der Elektrizitätswerke ab 1. Juli d. J. eine weitere Erhöhung der Zulagen um 5 Pf. pro Stunde gewährt werden sollte, war eine Irrtum. Die letzte Zulage betrug 10 Pf. ab 1. April d. J. In den Vorortgemeinden sind gleichfalls Bewegungen eingeleitet worden. In Lichtenberg ist die Bewegung zum Abschluß gebracht, in Charlottenburg, Schöneberg, Tegel fanden Verhandlungen. Die Bewegung um Verkürzung der Arbeitszeit hatte gleichfalls einen nennenswerten Erfolg. In der Berliner Gaswerkseinspektion ist nach langem zähen Kampfe endlich der achtstündige Arbeitstag zur Einführung gelangt. Einen gleichen Antrag um den Achtstundentag haben auch die Arbeiter des städtischen Wasserwerkes wiederholt ihrer Betriebsleitung unterbreitet. In der betriebswidrigen Zeit sind daraufhin den Arbeitern einige Zugeständnisse erteilt worden.

Der Fabrikarbeiter Hoffmann erstattete den Massenbericht. Die Einnahmen der Hauptkasse sind um 6359,60 Mk. auf 44 614,90 Mk. gestiegen; die der Lokalkasse um 6646,40 Mk. auf 78 558,07 Mk. und der Massenbeitrag der Lokalkasse ist gestiegen um 3979,61 Mk. auf 56 634,58 Mk. An Untererhebungen sind zu Lasten der Hauptkasse 10 328,75 Mk. ausgezahlt worden, und zwar für Sterbunterstützung 3650 Mk., für Krankenunterstützung 6312 Mk. und für Arbeitslosenunterstützung 6675 Mk. Zu Lasten der Lokalkasse sind für Untererhebungen insgesamt 2903 Mk. verausgabt, und zwar für Sterbunterstützung (Frauen) 425 Mk., für Kinder 170 Mk., für Krankenunterstützung 1906,50 Mk., Arbeitslosenunterstützung 45,50 Mk., Arbeitslosenunterstützung 15 Mk., Urlaubunterstützung 335 Mk. Die Gesamtausgaben der Lokalkasse sind um 2666,79 Mk. auf 22 525,49 Mk. gestiegen. Die Zunahme der Mittel der gesamten der ersten Quartals betrug 268. In der Zunahme nehmen Teil 57 männliche, 211 weibliche Kollegen. Eingetreten sind im Laufe des Quartals 325 männliche und 547 weibliche Mitglieder, insgesamt 872, ausgeschieden sind 191 männliche und 396 weibliche Mitglieder, 77 männliche sind zum Verrentamt eingezogen worden. Auf Antrag der Revision wurde dem Minister Entlastung erteilt. Der Bericht des lokalen Rates der städtischen Gärtnerei Berlin fand unter anderem noch besondere Erwähnung.

Wöttingen. Eine stark besuchte Mitgliederversammlung tagte am 28. Juli in der Markthalle. Kollege Reichner referierte über: „Sind die Löhne der städtischen Arbeiter der jehesian Feuerung angemessen?“ Reichner schilderte, in welchem Umfang alle Lebensmittel und Bedarfsartikel im Preise gestiegen sind. Treiben einschlägigen Preissteigerungen gegenüber nehmen sich die bisherigen Lohn und Feuerungszulagen sehr schlecht aus. Wohl haben wir während des Kriegs durch unser Vorkäufen erhebliche Zugewinne erzielt, trotzdem bleibt die Einkommen für die jetzige Zeit viel zu gering. Es sind nur noch wenige städtische Arbeiter vorhanden, die der Organisation noch feuchten Ziele entgegen müssen noch gewonnen werden, denn um weitere Erfolge zu erzielen, brauchen wir auch den letzten Arbeiter. Unsere Organisation ist zur Stärkung auf Eile zu werden. Das Beschlüsse sind:

für immer so bleiben. Noch vieles muß verbessert werden. Wesentliche Fortschritte erzielen wir aber nur durch Einigkeit. Der lebhafteste Beifall am Schluß der Rede bewies, daß die Stimmung unter den Kollegen eine gute war. Im „Verschiedenen“ wurden die niedrigen Lohnsätze der Gasarbeiter besprochen. Einstimmig wurde beschlossen, eine Zulage von 3 Mk. pro Tag zu fordern. Ferner wurde lebhaft Klage geführt über die Behandlung der Kriegsbeschädigten durch den Rohrmeister. Der Herr hätte alle Ursache, gegen diejenigen, die draußen im Felde ihr Blut vergießen und ihre Gesundheit geopfert haben, etwas Bescheidener zu sein; denn diese Leute haben für das Vaterland mehr geleistet.

Leipzig. In der Mitgliederversammlung am 26. Juli referierte Kollege Weppert über: „Die kulturellen Aufgaben der Gewerkschaften.“ An diese Ausführungen schloß sich eine längere Diskussion, die mit dem Beschluß endete, dieses Thema in einer weiteren Versammlung als besonderen Tagesordnungspunkt zu behandeln. Im 2. Punkt wurde mit Rücksicht auf die immer mehr zunehmende Forderung der Lebenshaltung beschlossen, dem Rate die Forderung, die Löhne um 20 Proz. zu erhöhen, zu unterbreiten. Die Abrechnung vom zweiten Quartal ergab in Einnahme und Ausgabe 6398,14 Mk. An Krankenunterstützung wurden 960 Mk., an Sterbunterstützung 915 Mk. ausgezahlt. Vorhanden sind 646 Mitglieder, wovon 123 weibliche. Zum Sterbe eingezogen sind 761, wovon 61 gefallen sind. Auf Antrag der Revision wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Klage wird geführt, daß in einzelnen Betrieben die Kriegszulage, seitdem sie wöchentlich mit ausgezahlt wird, auch für die einzelnen Tage der Arbeitsfälle in Abzug gebracht wird, was früher nicht der Fall war und auch mit den Bestimmungen des Rates in Widerspruch steht. Wo solche Fälle noch vorkommen sollten, ist es Aufgabe der Betroffenen, sich an die Organisationsleitung zu wenden, damit Abhilfe geschaffen werden kann. Des weiteren wurde die neue Bestimmung des Rates erläutert, wonach ab 1. Januar 1918 den Hinterbliebenen der im Kriege gefallenen oder verstorbenen mitbeschäftigten Angestellten und Arbeitern, die vor Erfüllung einer zehnjährigen, aber nach Erfüllung einer fünfjährigen Dienstzeit städtische Dienstzeit und Kriegsdienstzeit zusammenzurechnen, gefallen oder verstorben sind, 75 v. H. desjenigen Betrages an ad e natura zu gewähren, der ihnen nach der Kugelordnung als Witwen- und Waisenlohn zustehen würde, falls die Voraussetzungen der zehnjährigen städtischen Dienstzeit erfüllt wäre wären. Auch kann das Personalamt in den Fällen, wo die städtische Dienstzeit und die Kriegsdienstzeit zusammen weniger als fünf Jahre beträgt, bis zu 50 Proz. der nach einer zehnjährigen Dienstzeit zustehenden Beträge gewähren, wenn Bedürftigkeit vorliegt, worüber der Rat entscheidet. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken von drei Gefallenen und vier anwesenden Kriegsheldern gelehrt.

Winden. Eine gut besuchte Mitgliederversammlung tagte am 25. Juli im Lokale des Herrn Pape. Kollege Reichner referierte über: „Nönnen sich die städtischen Arbeiter mit dem Beschluß des Magistrats zufriedener geben?“ Reichner führte aus, daß es eigenartig bedauerlich, wenn der Magistrat verstände, die vom Stadtvordernat beschlossenem verbleibende Gehaltszulage von 15 Proz. auf 10 Proz. herabzusetzen. Hierzu können die städtischen Arbeiter unmittelbar inoffiziell werden. Die gesamte Lebenshaltung ist um mehrere hundert Prozent vermindert, die Löhne sind aber nur um 30 bis 40 Proz.

von Kunstbegeisterten — zumeist handelt es sich dabei um Literaten und legantane Künstler — ein gelindes Entzücken und eine erste Bewunderung gegen den Verband ausgelöst, was zur Folge hat, daß sie ihn ziemlich stark bekämpfen. Besonders in Berlin ist das der Fall. In allerletzter Zeit hat allerdings der Verband diese seine Gegner zum großen Teile zum Schweigen gebracht.

Aber es wird die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft sicher interessieren, daß die gewerkschaftlichen Organisationen der ausübenden Künstler in Deutschland und Österreich die Reichsstadtlichung und Verstaatlichung der Theater gleichfalls fordern; sie fordern aber daneben auch eine gewisse Demokratisierung des Kunstbetriebes und des Kunstlebens, und damit können wir Gewerkschaftereicht recht einverstanden sein. Und es dürfte weiter interessieren, daß zwei ganz Große im Reich, der Kunst: Richard Wagner und Ludwig Demant, gleichfalls die Forderung der Theaterverstaatlichung aufgestellt haben. Es liegen sich daneben noch zahlreiche Zeugen aus früherer und späterer Zeit anführen, die dasselbe fordern. Man darf aber wohl annehmen, daß die genannten beiden wohl gemerkt haben werden, unter welchen loyalen Voraussetzungen sich echte Kunstfreiheit frei entfalten kann.

Man muß, um den Gedanken in seiner vollen Tragweite erfassen zu können, sich immer wieder vorstellen, welche große Bedeutung das Theater als nationales Bildungsmittel besitzt. Es ist darin dem Antikonten des Mannheimer Hoftheaters — desselben Theaters, das als erstes die „Kammer“ des städtischen Schiller auführte —, Dr. Gaemann, betruglichen, der das Theater als nationales Bildungsmittel gleichberechtigt neben Schule und Kirche stellt und daher zu der Forderung kommt, daß der Staat, der Schule und Kirche als nationale Erziehungs- und Bildungsinstitute Übung und fördert, ebenso auch das Theater zu fördern habe. Es ist also das Mannheimer Hoftheater nicht auch prächtig in der Verbreitung geistiger Kultur unter die breiten Massen mit gutem Beispiele voran.

Also Staat und Gemeinden sollen die Mittel zur Förderung und Hebung des Theaters hergeben — die künstlerische Leitung und Verwaltung des Theaters dagegen soll Sache der Genossenschaften der Künstler, die in jedem Theater frei und ungehindert wirken und schaffen sollen, sein — in freier Zusammenarbeit mit der Organisation der Kunstinteressierten und Konsumenten. Bei einem so gedachten freien und innigen Zusammenwirken von schaffender Kunstlichkeit und Kunstgemeinde, wie es sich bei einer solchen sozialen Organisation des gesamten Theaterwesens folgerichtig herausbilden muß, können beide Teile, Theater und Theaterbesucher, nur gewinnen. Und wir brauchen da nicht erst auf einen in unbefindlicher Zeit einzutretenden Zukunftswandel zu verweisen: tatsächlich sind die Anlagen eines realen Zusammenarbeitens von Kunstlichkeit und Kunstgemeinde schon heute im Theaterkulturverbände vorhanden. Es ist hier also in Wirklichkeit der schon vor der ersten Anlange hinaus entwickelte Keim einer Demokratisierung des Theaterwesens geblieben.

Gehen wir also erst einmal an die Arbeit, um der deutschen Arbeiterschaft die untergeordneten Schönheiten deutscher Kunst und Literatur, und nicht nur dieser, zu erschließen, so wird sich das Verhängnis für die mancherlei Mote des Kunstlebens und Strebens von selber einstellen — und mit ihm der feste Wille, sie zu bekämpfen. Der Erfolg dieser unserer Arbeit wird sein: die Erkenntnis in den breiten Schichten des Volkes, daß wirklich das Theater eine Stätte edelster und lohnlichster Eihaltung, eine kultivierender nationaler Bildung und ein unverlierbarer Brücken geistiger Erneuerung ist. Ganz neue, ungeahnte geistige Entwicklungsmöglichkeiten werden damit erschließen; der reiche Ertrag deutscher Geisteskultur wird dann zum ersten Male in Wirklichkeit Gemeinut des deutschen Volkes werden und dieses in Wahrheit ein Kulturopp im besten Sinne des Wortes sein.

aufgebeffert. Selbst wenn die jetzigen Löhne um 200 Proz. aufgebessert werden, sind sie für die bestehende Teuerung viel zu gering. Die Löhne der städtischen Arbeiter Mündens waren schon vor dem Kriege wahre Hungerlöhne. So mancher Arbeiter ist dabei, der sich jetzt von seinen 15- bis 16jährigen Kindern ernähren lassen muß, weil sein Lohn auch nur zur Beschaffung der notwendigsten Lebensmittel unzureichend ist. Das führt zur Zerrüttung des Familienlebens. Die städtischen Arbeiter haben daher das dringende Bedürfnis, aus diesen elenden Verhältnissen herauszukommen. Eine erhebliche Aufbesserung der Löhne ist dringend notwendig. Daß wir das aber nur durch eine starke Organisation erreichen können, muß jeder Arbeiter erkennen lernen. Intensive Werbearbeit für den Verband ist dringend notwendig. Zustimmung wurde befristet, dem Magistrat die richtige Antwort zu erteilen und eine Lohnzulage von 2 Mk. pro Tag zu fordern.

Müstringen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen des Marineartilleriedepots hielten am 22. Juli im Lokale „Bürgerheim“ eine von 100 Personen besetzte Betriebserversammlung ab, um den Bericht zu dem am 12. Juli 1918 im Reichsmarinencamp stattgefundenen Besprechung über die aufgestellten Lohnforderungen der Arbeiteranzustaltsangehörigen. Den Bericht erstattete der Vorsitzende des Arbeiterausschusses des Depots, Mollath Güllter. Er leitete dar, daß eine vollständige Durchführung der Forderungen nicht zu erzielen war, aber das Artilerie-depot doch mit einem entsprechenden autem Resultat abgefunden hat. Es wurden folgende hier in Betracht kommenden Meinungen erörtert: Der Lohnsatz wird für alle Arbeiter ohne Vorzüge und Jungen um 4 Pf. pro Stunde erhöht, für Vorzüge und Jungen sowie alle Arbeiterinnen um 2 Pf. Der Vorzugssatz, welcher bisher 50 Proz. betrug, wird auf mindestens 65 bis 70 Proz. erhöht. Die Arbeitszulage der Monatslöhner wird um 20 Mk. und für weibliche um 5 Mk. monatlich erhöht. Der Erholungsurlaub wird nach einem Dienstjahre mit vier Tagen gewahrt. Die Verfügung tritt mit dem 1. August 1920, mit der ersten Korporeide im August in Kraft. — Es wurde eine Resolution angenommen, wonach sich die Versammlung mit den Angehörigen des Reichsmarinencamps, wenn auch die Forderungen nicht voll erfüllt sind, vorläufig einverstanden erklärt. Da nun dieser Erfolg aus der gewerkschaftlichen Organisation erwirkt ist, wird die Aufforderung an sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen des Depots erachtet, der gewerkschaftlichen Organisation beizutreten, um diese Erfolge auszubauen und fördern zu können. Daß diese Versammlung zu ihrem Fortschritt in der Organisation beigetragen hat, zeigt der Erfolg, indem 45 Neueinsammlungen in dieser Woche festgestellt werden konnten.

♦ Aus den deutschen Gewerkschaften ♦

Betriebs- und Regioorganisation. Das „Correspondenzblatt“ der Generalcommission brachte unter der Überschrift „Organisationsfragen beim städtischen Wiederaufbau nach dem Kriege“ in seiner Nr. 17 Ausführungen über Betriebsorganisation und Regioorganisation. Es wird da gesagt, daß die Gründung des Eisenbahnerverbandes als weitere Regioorganisation nicht die Anerkennung eines neuen Organisationsprinzips darstellt, daß sie lediglich aus Zweckmäßigkeitsgründen erfolgt sei, um auf ständlichem Wege eine leistungsfähige Organisation der Eisenbahner zu schaffen. Die Regioorganisation müsse stets eine auf wenige Gruppen beschränkte Ausnahme bleiben, die Arbeiter dürfen nur nach ihrer Berufs- und Industriezugehörigkeit, nicht nach ihrem Arbeitgeber organisiert werden. Zum Trost werden uns die Schlußsätze: „Gewerkschaften und ähnliche Gruppen“ zugelesen.

Wer unvereinbarerweise die Verhältnisse prüft, wird aus der Gründung des Eisenbahnerverbandes ungefähr die gegenteiligen Schlüsse ziehen. Zweckmäßigkeitsgründe müssen nicht nur für den Eisenbahnerverband, sondern für die gesamten Gewerkschaften maßgebend sein. Ohne sie ist eine fruchtbringende gewerkschaftliche Arbeit unmöglich. Fernünftigerweise kann man nicht von einer „Regioorganisation“ Gründe der Zweckmäßigkeit zuzulassen und der anderen den Weg mit „Prinzipien“ versperren, die jeder Zweckmäßigkeit gegenüberstehen. Die transaktionellen Versuche, das „Prinzip“ zu retten, müßen nachgerade etwas merkwürdig an.

Wie konnten zu den Ausführungen des „Correspondenzblattes“ nicht diejenigen und vertreten unseren Standpunkt in Nr. 19 der „Gewerkschaft“ und in einer Zuschrift an das „Correspondenzblatt“, die infolge Raummangels erst in Nr. 20 veröffentlicht wurde.

In dieser Zuschrift haben wir besonders darauf verwiesen, welche Gründe der Zweckmäßigkeit uns veranlassen, die gemeinsame Organisation für Gemeinde- und Staatsbetriebe zu fordern. Es heißt da:

„Das Lohnniveau bei Gemeinde und Staat ist dem Gehaltsniveau der Beamten nachgebildet, also grundsätzlich verbunden von der in Privatbetrieben üblichen Art der Ent-

lohnung. Der öffentlich-rechtliche Charakter des gemeindlichen und staatlichen Arbeitgebers schafft soziale Einrichtungen, die einen wesentlichen Teil der Vergütung für die Arbeitsleistung darstellen und in dieser Form bei privaten Arbeitgebern nicht in Betracht kommen. Beides zusammen bedingt ein ständiges, dauerndes Arbeitsverhältnis, weil nur dadurch der Arbeiter allmählich in den Genuß der Rechte und Vorteile eintreten kann, die ihm Gemeinde und Staat als Arbeitgeber bieten können. An diesen Verhältnissen können einzelne Gruppen nichts ändern. Selbst zur Veränderung der Lohnsituation, die im Hinblick auf soziale Einrichtungen meist recht niedrig sind und, den Gehaltsverhältnissen der Beamten entsprechend, nur einen sehr langsamen Aufstieg vorsehen, ist das Zusammenwirken aller beteiligten Gruppen unerlässlich, wenn ein Einfluß auf die Gestaltung der Löhne überhaupt möglich sein soll. Die besonderen bürokratischen Einrichtungen, die in der Eigenart der Gemeinde- und Staatsbetriebe ebenso wie in den Gesetzen ihre Gründe finden, machen es unmöglich, Lohnbewegungen in der Privatindustrie gleichzeitig einfach auf gleichartige Gruppen von Gemeinde- und Staatsarbeitern auszudehnen. Gemeinde und Staat können eben nicht die Lohn einzelner Arbeitergruppen dem jeweiligen Stand der Konjunktur in der betreffenden Branche anpassen, ohne Rücksicht auf die übrigen bei ihnen beschäftigten Arbeitergruppen. Noch ungünstiger als in der Lohnfrage stände es um ein gruppenweises Vorgehen in der Frage der rechtlichen Ausgestaltung und Erweiterung der sozialen Einrichtungen, wie Pensionsrechte usw. Hier ist ohne geschlossenes Auftreten überhaupt kein Einfluß möglich. Das Einheitsrecht und Geschlossenheit in solchen Fragen betraut Zusammenschlüsse einer großen Anzahl von Organisationen trotz Arbeits- und Zeitveränderung in der Regel nicht erreicht würde, bedarf nicht erst einer besonderen Begründung. Die eigenartigen Verhältnisse in Gemeinde- und Staatsbetrieben bedingen eine entsprechend geartete Forderung der Lohnbewegungen, die ebenfalls das Bestehen einer gemeinsamen Organisation der in Betracht kommenden Arbeitergruppen zur Voraussetzung hat. Der im Gemeinde- oder Staatsdienst stehende Arbeiter hat viel mehr Verantwortung und gemeinsame Interessen mit seinen Mitarbeitern im Gemeinde- und Staatsdienst, selbst wenn technisch ganz verschiedenartige Arbeiten in Betracht kommen, wie mit seinen eigenen Berufsgenossen im Privatbetrieb.“

Im Hinblick an unsere Zuschrift brachte das „Correspondenzblatt“ eine lange „Erwiderung“, die aber trotz ihrer Länge mit keinem Wort auf diese Zweckmäßigkeitsgründe eingieng. Die Begründung „Regioorganisation“, heißt es da, sei nicht neu, sondern schon 1912 vom „Correspondenzblatt“ definiert worden. Mollath Hedmann habe diesen Gedanken Vorschlag aber nicht genügend beachtet. Uns erscheint diese historische Erwähnung allerdings für den vorliegenden Fall völlig belanglos, wie ja auch die in dem angezogenen Artikel enthaltenen Analogien mit den transaktionellen Versuchen und den Gesellschaftsleiterbetrieben derartig verfehlt sind, daß ein Eingehen darauf sich nicht lohnt. In diesem Sinne erhebt die damalige Anklage, indem sie als Konsequenz unseres Standpunktes erklärt:

„Es wäre nur noch ein weiterer konsequenter Schritt auf diesem Wege, wenn anstandslos der sozialistischen Zusammenhänge unserer modernen industriellen Entwicklung die Arbeiter aller derjenigen Unternehmen in Verkehr, Industrie, Handel, Bankwesen, Landwirtschaft usw., die von den gleichen Konjunkturrisiken und geleitet werden, auch der gleichen Organisation zugeführt würden.“

Wenn solche „Verlautbarungen“ nicht als „wichtiger Vorgang“ gewertet werden, so wird das unseren Kollegen ohne weiteres einleuchten. Einen schäblichen Versuch, unserem Standpunkt gerecht zu werden, macht das „Correspondenzblatt“, indem es schreibt:

„Dem allgemeinen Anspruch des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter auf alle Arbeiter, die in Staats- und Gemeindebetrieben beschäftigt sind, wie ihn Genosse Hedmann neuerdings wieder in seiner Polemik erhebt, widerspricht das gegen auch heute noch die Ziffer 6 der Münchener Resolution. Ist auf das bestimmteste, davon sind weder Abweichungen noch Vereinfachungen zulässig. Gewiß könnte es möglich sein, dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband „aus Zweckmäßigkeitsgründen“ einzelne Betriebsgruppen, die sich in Gemeinde- oder Staatsregie befinden, zu überlassen, wie ihm denn auch die Gewerkschaften völlig überlassen worden sind. Würde er dann geltende Ansprüche aufstellen und in bestimmten Grenzen formulieren, so wäre vielleicht von Fall zu Fall eine Verhandlung und Vereinbarung mit den in Frage kommenden Berufs- bzw. Industrieverbänden möglich. Er hat es selbst vorgezogen, den für ihn gar nicht zutreffenden Begriff „Betriebsorganisation“ fast im Nebenamt zu Tode zu retten und damit nur bewirkt, daß jeder vernünftige Gewerkschaftler vor einer solchen fast unbegrenzten „Betriebsorganisation“, besonders unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf die Auslösung des Monopols und Staatsbetriebs, zurückgedrängt wird.“

Das „Correspondenzblatt“ überieht dabei vollkommen, daß wir in unserer Zukunft ausdrücklich auf die Staatsmonopolarbeiter verzichteten, durch die unsere Interessen nicht berührt werden.

Besonders interessant ist die Schlussbemerkung der Redaktion des „Correspondenzblattes“:

„Ob der Gemeinde- und Staatsarbeiterverband die Berufsfeuerwehrlente, Schängente, und andere Angestelltenruppen organisieren oder ob er sie anderen Organisationen überlassen will, darüber wollen wir mit ihm nicht streiten. Wenn diese Gruppen organisationsfähig sein werden und wenn es im Interesse der Gewerkschaftsbewegung liegt, sie zu organisieren, so werden jedenfalls auch andere Faktoren darüber entscheiden, als die persönlichen Auffassungen des Genossen Deckmann.“

Wenn die Redaktion den Verzicht auf die Organisierung der Schängente als eine persönliche Auffassung des Kollegen Deckmann ansieht, so ist sie im Irrtum. Diese Auffassung teilen der Verbandsvorstand und die Gemeindefeuerwehrlente. Im übrigen ist es der Aufmerksamkeit der Redaktion entgangen, daß wir Berufsfeuerwehrlente in erheblicher Zahl bereits organisiert haben und nicht daran denken, auf sie zu verzichten.

Besonders freut uns, daß die Redaktion indirekt zugestimmt, daß Schängente und andere Angestelltenruppen zurzeit nicht organisationsfähig sind. Es wird noch verschiedener „Reorientierungen“ bedürfen, bis dieser Zustand einmal erreicht wird. Angesichts dieser nur zutragenden Tatsache darf sich die Redaktion des „Correspondenzblattes“ nicht wundern, wenn wir über die freundliche Zuweisung dieses „Agitationsabteils“ unsere eigenen Ansichten haben. Wir lehnen es ab, unsere Kraft an Utopien zu verschwenden, um eine Allerklerksorganisation zu werden; dagegen halten wir unseren Anspruch auf diejenigen Arbeiterkategorien aufrecht, deren wirtschaftliche Interessen nur von einer Einheitsorganisation mit Erfolg vertreten werden können. N. S.

Die Verlängerung der genossenschaftlichen Reichstarife. Der Deutsche Transportarbeiterverband und Zentralverband der Wälder und Mendentoren stehen mit dem Zentralverband deutscher Montanvereine seit 1904 im Tarifverhältnis. Die laufende Tarifperiode wurde 1914 verlängert. Die beiden Reichstarife traten mit Ausbruch des Weltkriegs am 1. August in Kraft, mit der Bestimmung, daß sie bis 31. Juli 1919 Gültigkeit haben, wenn sie ein Jahr vorher gekündigt werden. Andernfalls kommen sie erst 1921 zum Ablauf. Die beiden Verbände einigten sich dahingehend, in Anbetracht der unübersichtlichen Wirtschaftslage, unter der besonders die Genossenschaften leiden, von der Vertragskündigung Abstand zu nehmen und den Vertragskontrahenten verbindlichen die Tarife um ein Jahr bis zum 31. Juli 1920 zu verlängern. Der Zentralverband deutscher Montanvereine ist diesem Vorschlag beigetreten und stimmte der Vertragsverlängerung zu. Außerdem wurde bezüglich der Wälder vereinbart, daß die Regelung der Beziehungen der Heuerlöhne an Sonn- und Feiertagen, die bisher nur die Heuerlöhne an Festtagen berechnet werden, nach Erlass des Nachtragsvertrages erfolgen soll.

Regelung der Feuerungszulagen in den Genossenschaften. Dem Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Montanvereine stand hierbei das Recht nicht zu, Feuerungszulagen festzusetzen. Es wurde daher die Form der „Empfehlung“ gewählt, die jedoch von einem Reich nicht als bindend betrachtet wurde und demzufolge zu einer Reihe unliebsamer Vorgänge führte. Der Genossenschaftsrat in Molln beschloß, die Festsetzung des Tarifamtes zu vermeiden, dahingehend, daß es auch zur Festsetzung der Feuerungszulagen berechtigt ist. In dieser Sitzung am 17. Juli wurde demgemäß beschlossen: Die Feuerungszulage wird bei Vereinen mit Packerien und mindestens 250000 Mk. Gesamtjahresumsatz ab 1. Juli 1918 um 10 Proz. erhöht, ab 1. Oktober 1918 um weitere 5 Proz., bei den übrigen Vereinen um 5 bzw. 2 1/2 Proz. Die Mindestzulagen betragen 2 Mk. resp. 1,50 Mk. pro Woche. Ledige, Witwen und Waisen mit eigenem Haushalt sollen den Beherbergerten gleich behandelt werden. Infolge dieser Neuregelung schwanken die Feuerungszulagen der Genossenschaften in den Genossenschaften für Ledige zwischen 30 bis 35 Proz. für Beherbergerte mit bis zu zwei Kindern 35 bis 40 Mk. und für Beherbergerte mit mehr als zwei Kindern 40 bis 45 Mk. Dazu kommen weitere 5 Proz. ab 1. Oktober dieses Jahres.

Internationale Rundschau

England. Am 9. Juni waren in London die Vertreter von 15 Gewerkschaften mit insgesamt 2 1/2 Millionen Mitgliedern versammelt, um über die Möglichkeit der Herstellung engerer Beziehungen zwischen den Gewerkschaften Großbritanniens, der Dominions Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, der Amerikanen und der Vereinigten Staaten zu beraten. Die Bestimmung war vom parlamentarischen Komitee des Gewerkschaftsverbandes (in: Festen. Einmütigkeit wurde beschlossen, daß das Parlamentarische

komitee eine Abteilung einrichtet, welche die Aufgabe haben soll, die Beziehungen mit dem Reichlande, den Dominions und anderen Gewerkschaften zu entwickeln. Die Arbeiter der Mittelkräfte sind von dem Plan ausgeschlossen. Hier handelt es sich also nicht um die Errichtung einer nationalen, sondern um die Schaffung einer internationalen Gewerkschaftsorganisation, die den Interessen des internationalen Proletariats natürlich nicht dienen kann. Außerdem würde die Neugründung auch überflüssig sein, da eine gewerkschaftliche Internationale seit 25 Jahren besteht, der auch die in der General Federation of Labour vertretenen englischen Gewerkschaften angeschlossen sind.

Finnland. Der finnische Senat hat die Verwaltung der sozialen Angelegenheiten in einem Sozialamt zusammengefaßt, das seit Anfang dieses Jahres seine Tätigkeit begonnen hat. Der Wirkungsbereich des Sozialamtes umfaßt folgende Angelegenheiten:

- 1. Die Gewerbeinspektion und andere Arbeiterschutz sowie die Heberwachung und Verbesserung der Arbeiterwohnungsverhältnisse;
- 2. Die Organisation und Inspektion der Sozialversicherung;
- 3. Die Organisation und Inspektion der Armenpflege;
- 4. Die Arbeitsvermittlung und sonstige Bekämpfung der Arbeitslosigkeit;
- 5. Die Abstammungsfragen und die Heberwachung des Alkoholbetrübes;
- 6. Die soziale Statistik und soziale Publikationen.

Rundschau

Auch ein Dokument unserer Zeit. Die „Deutsche Tageszeitung“ gibt eine Bekanntmachung des „Kleiner Kreisblattes“ vom 24. Juni 1918 wieder, die, wie sie sagt, als „Dokument unserer Zeit“ für die Mit- und Nachwelt aus der lokalen Abgeschiedenheit herbeigezogen und der deutschen Landwirtschaft zur Kenntnisnahme unterbreitet zu werden verdient. Die Bekanntmachung lautet:

„Bei der Revision eines landwirtschaftlichen Betriebes im Kreise Albeck wurden vorgefunden:

- 7 Stück Ställe im Gewicht von 34 Pfund, 3 Pfund selbst hergestellte Futtermittel, 1 Sanddrehmaschine, befestigt an einem Tisch, neben der Schrotmühle 8 Pfund Roggenmehl und 45 Pfund Roggen, 48 Pfund Schmalz, 36 Pfund Mehl, 7 Pfund Mädelöl, 1 Saure, 1 Butterfass, 1 Mädelform, 10 Pfund Woll, 30 Pfund Mehl- und Wascheife, 16 Sauringläser, 1 Paar Militärschiffel.

Neben einem unverhältnismäßig hohen Pargeldbetrag und Wertpapieren fanden sich 172 Kautschukpfeifen und 416 Ein-, Drei- und Fünfmärkige vor. Ferner fanden sich verdeckt 12 Liter frische Milch und 10 Liter Mädelweib.

Ähnliche Verhältnisse wurden leider in verschiedenen Fällen gemacht werden.

Diesem Tatbestand etwas hinzuzufügen, siehe ihn abzuwenden; er zeigt aber gegenüber den lauernden Mägen über Revisionenbelästigungen, wie notwendig die angeordneten Revisionen sind und daß diese noch verdeckt werden müssen, um dem sehr bedauerlichen Unfug entgegenzuarbeiten und die schuldigen Betriebe festzulegen.

Wenn die vielen unangeordneten Prüfungen auch immerhin Belästigungen für die Besitzer mit sich bringen, so richte ich an die redlich denkenden und handlungsfähigen Landwirte die dringende Bitte, sie ruhig als Abgabenverpflichteten hinzunehmen, denn die Besitzer, die den Behörden in der schweren Aufgabe der Erfassung der Lebensmittel für die Allgemeinheit entgegenzuarbeiten, sind nur durch scharfe Prüfungen festzustellen. Dankbar würde ich sein, wenn die Landwirtschaft des Kreises, die sich im allgemeinen durch Opferwilligkeit und gewissenhafte Befolgung der gesetzlichen Vorschriften auszeichnet und hiervon in der letzten Zeit in der freiwilligen Haterlieferung ein anerkennenswertes Zeugnis abgelegt hat, selbst mitwirken würde, diesem Unheil zu steuern. Den Gewerbetreibenden, die durch Lauscher die das Treiben gewissenloser Landwirte unterstützen, sei hiermit nochmals vorzuhalten, daß in jedem Feststellungsfall die Schlichtung des Gewerkschafts unabweislich durchzuführen wird.

Albeck, den 21. Juni 1918.

Der Landrat: Eich.
Man sollte meinen, daß die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ den Anlaß benutzen würde, um den Landwirten ins Gedächtnis zu rufen, daß an der Schwelle des fünften Kriegesjahres die Samsterei von Silbergeld eine ebenso salimme Verfindigung an den Interessen des Landes darstellt wie die feingestellte Art- und Rücksamsterei. Aber die „Deutsche Tageszeitung“ brummt kein Wort des Tadelns auf, sondern beidmet sich in einem launen juristischen Artikel über die — Hausungen auf dem Wandel! So in der Artikel wirklich auch ein „Dokument unserer Zeit“!

Mehr soziale Gerechtigkeit! Die Rentenempfänger der Rubelkassen im Staatsarbeiter in Preußen erhalten trotz der teuren Zeiten keinen Pfennig mehr als zu Friedenszeiten. Nur 200 Mk. pro

Jahr beginnend können die Rentner nach 35 Dienstjahren, wenn sie arbeitsunfähig und somit Rente empfangen, höchstens 400 Mk. pro Jahr beziehen. Mit 400 Mk. Rente kann doch sehr kein Mensch auskommen, viel weniger noch eine Familie. Nach Ablauf von 250 Beitragswochen werden 200 Mk. Rente gezahlt, dann steigt die Rente um je 10 Mk. pro Jahr nach je ferner zurückgelegten 50 Beitragswochen bis zu 300 Mk., von da an um je 5 Mk. bis zum Höchstbetrage von 400 Mk. Eine weitere Steigerung findet nicht statt. Die Staatsarbeiter müssen, um zu dieser Rente zu gelangen, wöchentlich 22 Pf. zahlen; bleiben sie nicht im Staatsdienst, müssen sie als freiwillige Mitglieder sogar 66 Pf. zahlen. Trist in den Verhältnissen des Rentenempfängers eine Veränderung ein, welche ihn nicht mehr als dauernd erwerbsunfähig erscheinen läßt, so kann ihm der Ruheohn von der Kassenverwaltung entzogen werden. Sollte man denn nicht auch an diese Leute denken bei der Gewährung von Feuerungszulagen? Die ähnlichen Verhältnisse an vielen anderen Orten rechtfertigen sich natürlich ebenfalls wenig. Es wäre wünschlich an der Zeit, wenn die Gemeinden auf diesem Gebiet mehr soziale Einsicht entfalten!

Staatsanwalt und Wucher. In den „Düsseldorfer Nachrichten“ rednet Staatsanwalt Dr. Nagel mit den Wucherern folgendermaßen ab: „Es muß jeden Freund des Vaterlandes mit herbem Schmerz und zarter Sorge erfüllen, daß augenblicklich die Wucherer die Herrern sind. . . . Es ist eine merkwürdige und kaum fahbare Erscheinung, daß das ganze deutsche Volk ohne Unterschied gern, freudig und selbstverständlich sein Blut in Vaterlande darbringt, daß weite Meere aber ihr Gut — nicht etwa nicht zum Spieß bringen wollen, was ja von keinem verlangt wird — durch vampirische Ausbeutung der eigenen Volksgenossen höher und höher anzuhäufen, nicht als die erbärmliche Schwarte, die es ist, erkennen. Das Teufel und Verräther der antiken Höllenpöbel wurde insbesondere für Lüth verlangt. Der Staat aber, dem das die Pflicht der Wohlfahrt des ganzen Volkes obliegt, läßt nicht etwa mit erfinderischer Kunst dazwischen und gönnt die Pflichten der Vaterländischen Pflichten, sondern dem man würde vor ihnen zurück, steigert die Höchstpreise und wartet, ob die Vampire sich auf Grund dieser Prämie für ihr Vaterländisches Verhalten vielleicht bereit finden werden, ihre Pflicht zu tun. Glaubt man denn aber wirklich, daß auf diesem Wege der den Unmenschlichen etwas zu erreichen ist, daß sie nicht ein Wohlwollen über die Schwärze, die man ihnen gegenüber zeigt, annehmen und ihre Grausamkeit immer weiter steigern werden? Sieht man denn nicht, daß auf diese Weise alle staatliche Autorität untergraben wird, daß man die Bevölkerung daran gewöhnt, die Gebote des Staates zu mißachten, da ja zu erwarten ist, daß der Staat dies ruhig hinnehmen und sich vor seinen Verräthern beugen wird? Gerade der Kriminalität steht täglich, wie großes Unheil durch solche Methoden angedrückt wird. Er erkennt täglich ein Unrecht daran, daß einigen Volkstheilen weit über das friedensmäßige Einkommen hinausgehende Gewinne aus dem Verkauf von Waren anheim gehalten werden, daß anderen Volkstheilen aber die Herrschaft in dieser Not greifen, härter als die Friedensmäßigen Strafen für Geld und Lohngebühren angedrückt werden. Da doch den mehr nur von wirklich Vorkommen bezeugt werden, daß man andere Kräfte in Wahrheit nicht damit, das ist ein Antagonismus und die ganze unkonsequente Methode ergibt so die Entwertung und Verwerfung, daß jedem Einbildung die Wände erwidert, die wahrliche Stimme zu erheben. Staat wird hart! Wenn ich Staatsrichter wäre, ich würde die Kriegswunden, erbarmungslos ins Jachtbus stecken“ hat nach Zeitschriftenberichten der Richter von Altona kurzlich ausgesprochen. Ein treffliches Wort! Rechtlich müßte der Gesetzgeber dem Staatsrichter erst die Macht dazu geben, die er selber kaum in praktisch vernünftiger Weise hat. Aber es braucht nicht mal gleich das Justizhaus zu sein. Man erzwinge einigen Erzeugern, die im Produkt nicht für den Höchstpreis liefern, die ganze Ernte ohne Entschädigung, wendeten sich Händlern die ganzen Vorräte und schließ ihre Väden. Man schreie erwerbsloslose Härte und unangenehme Entschädigung im Stempel gegen die Mitbringer, und gar bald wird der Staat wieder der Herr im Hause sein. Aber schneller Entschluß, rasche Umkehr von dem bisherigen Wege ist not. Staat werde hart! In wie fern kann gar bald jenseitige G. folglich bei der großen Mehrzahl derme: Bürger finden.“

Die neue Ernte. Heber die bevorstehende neue Ernte teilt ein erfahrener Landwirt auf Grund genauer Beobachtungen und Zeugnissen der Sachverständigen Zentral-Korrespondenz in Dresden folgende Tatsachen mit: Die Zeit der schweren Sorge, wie wir unter Volk durchdringen, ist ziemlich glückselig vorüber. Es ist die Zeit der Regeneranz da. Man sieht schon ganze Felder in Soßen von 15 Centen. Die Ernte auf dem Lande müßte jetzt oft 18 Stunden schmerzliche Arbeit sein. Was die drei letzten Wochen in Deutsch-land ja E. denken können, wagt sich der Unkundige nicht so leicht aus. Man kann wohl sagen, daß in den letzten beiden Wochen die sehr Grundlage zu einer glänzenden Kartoffelernte gelegt ist, wenn nicht durch Anstrengungen die Erde weiterhin in Regen gestellt wird. Die Gewitterperiode wird voraussichtlich anhalten. Das schadet auch nicht denn solche Zeiten sind sehr fruchtbar. Es schadet auch gar

nicht, wenn mal ein ganzer Regentag einsetzt. Zuviel hat es noch lange nicht geregnet. Für die Ausbildung des Roggen- und Weizenkorns sind die Julitage ein wahrer Segen gewesen. Allen Aufsehern nach wird das Korn recht schwer, und im Durchschnitt ersten wie wohl mehr als in den letzten Jahren. — Der Dofzer hat sich noch ständig gebessert und bildet das Korn gut aus, ebenso die Sommergerste. Auch der Sommerweizen wird viel besser als im Vorjahr. — Die Erbsen werden in diesem Jahre weit besser als im Vorjahr, so daß wir mehr Erbsen in recht gesunder, nicht wermutiger Ware zur Verfügung haben werden. — Gute Ernten geben auch alle Getreidefrüchte in Feld und Garten. — Die Kartoffeln haben sich mächtig erholt mit Ausnahme der stark mitgenommenen Frühkartoffeln. Wo diese zwei- bis dreimal abgeerntet sind, wird aus der Ernte nur wenig, weil alle Hefereststoffe der Knolle verbraucht sind. Die Spätkartoffelernte wird aber gut. — Alle diese erfreulichen Tatsachen, die fast jeder draußen auf dem Lande selbst beobachten kann, ändern aber sicher nichts an der strapalosen Verteilung der Erzeugnisse und Händler. Die Masse der Konsumenten wird auch weiterhin erbarmungslos geschloßelt!

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|--|---|
| Wilhelm Au, Hamburg
Baggerer
† 23. 7. 1918, 60 Jahre alt. | Frdr. Knöllinger, Stuttgart
Telegraphenarbeiter
† 20. 7. 1918, 67 Jahre alt. |
| Jakob Bock, Mainz
Fuhrmann
† 27. 7. 1918, 33 Jahre alt. | William Kessig, Dresden
Gasarbeiter
† 1. 8. 1918, 44 Jahre alt. |
| Ernst Böhm, Erfurt
Gasarbeiter
† 11. 7. 1918, 44 Jahre alt. | August Kimbach, Dresden
Katernwärter
† 29. 7. 1918, 49 Jahre alt. |
| Johann Gschner, Nürnberg
Banantsarbeiter
† 31. 7. 1918, 53 Jahre alt. | Karl Aug. Maul, Plauen i. V.
Stadt. Arbeiter
† 16. 7. 1918, 72 Jahre alt. |
| Hedwig Dopp, Hamburg
Gaswerf. II
† 21. 7. 1918, 29 Jahre alt. | Jakob Reimann, Dresden
Gartenarbeiter
† 30. 7. 1918, 79 Jahre alt. |
| Willy Grand, Wilhelmsburg
Hafenneubau
† 17. 7. 1918, 57 Jahre alt. | Karl Streicher, Zeitz
Zeiemeier
† 27. 7. 1918, 70 Jahre alt. |
| Wilhelm Hollang, Dresden
Invalide
† 26. 7. 1918, 55 Jahre alt. | Karl Orenkle, Mannheim
Kolonner
† 1. 7. 1918, 69 Jahre alt. |



Opfer des Weltkrieges:

- | | |
|---|---|
| Marlin Grabmeier, Galling
im Alter von 34 Jahren im Lazarett gestorben. | Karl Stolle, Langenhorn
am 3. Juli 1918 im Alter von 35 Jahren gefallen. |
| Hermann Gramm, Stuttgart
am 8. Juli 1918 im Alter von 38 Jahren gefallen. | Alfred Winkler, Mengersdorf
am 29. Juli 1918 im Alter von 39 J. im Westen gefallen. |
| Paul Liepolt, Berlin
am 9. Juni 1918 im Alter von 34 Jahren gefallen. | Georg Winter, Berlin
am 31. Januar 1918 im Alter von 29 Jahren gefallen. |
| Michael Rudolph, Berlin
am 17. Januar 1918 im Alter von 40 Jahren gefallen. | Ewald Woidt, Berlin
am 22. Juni 1918 im Alter von 29 Jahren gefallen. |
| Reinhold Schneider, Berlin
am 15. April 1918 im Alter von 34 Jahren gefallen. | Jakob Wolf, Detmold
am 27. Juli im Alter von 38 J. infolge Unglücksfall gefallen. |
| Wilhelm Singer, Feuerbach
am 9. Juni 1918 im Alter von 38 Jahren gefallen. | Hermann Zimmer, Berlin
am 3. Oktober 1914 im Alter von 40 Jahren gefallen. |

Ehre ihrem Andenken!

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gewerkschaften und Betriebsarbeiter (6) Hermann, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Druck: Fortwärts-Verlagsgesellschaft, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.